



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Bezirk Braunschweig

SPD-Bezirk Braunschweig - Postfach 42 61 - 38032 Braunschweig

Beschluss des SPD-Bezirks Braunschweig zum Thema Regionalverband
(Bezirksparteitag, 27.04.2013, Stadthalle Gifhorn)

Für einen Regionalverband Braunschweig

Die Region Braunschweig steht vor enormen Herausforderungen. Der Bevölkerungsrückgang fällt vielerorts früher und kräftiger aus als in anderen Regionen. Hinzu kommt die schwierige finanzielle Situation vieler Kommunen, die es teilweise verhindert, der Entwicklung aktiv entgegenzutreten.

Wir wollen den erforderlichen Strukturwandel politisch gestalten. Unser Ziel ist es, die Region als eine starke Industrieregion mit hoher Lebensqualität für die Menschen zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Da eine Region Braunschweig kurzfristig aufgrund der derzeitigen kommunalen Strukturen nicht zu erreichen ist, wollen wir den Zweckverbandes Großraum Braunschweig (ZGB) zum Regionalverband Braunschweig weiterentwickeln. So wollen wir die bestehenden Herausforderungen gemeinsam im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zukunfts- und lösungsorientiert angehen, die Verwaltungsaufgaben weiter bündeln und die Bürgerinteressen und die Verwaltungsökonomie in Einklang bringen. Die Interessen der Region wollen wir im Regionalverband Braunschweig bündeln und so gemeinsam mit einer Stimme vertreten.

Heute gibt es in der Region Braunschweig eine Vielzahl von Einrichtungen und Organisationen in der die verschiedenen Interessen von der Förderung der Wirtschaft (Allianz für die Region sowie die verschiedenen Sparkassen in der Region) über Regionalentwicklung und ÖPNV (ZGB, kreisfreie Städte, Landkreise) hin zur Kulturförderung (Braunschweigische Landschaft, Lüneburger Landschaft und eine Vielzahl von Stiftungen).

Eine Abstimmung der Interessen oder eine Formulierung und Umsetzung einer gemeinsamen Strategie findet nicht statt. Eine verbindliche Interessenbündelung zwischen Landkreisen, kreisfreien Städten, ZGB und Regierungsvertretung findet, wenn überhaupt, nur einzelfallorientiert statt.

Unsere Region ist kein Einzelfall.

Deshalb sollte die Landesregierung eine Kommission einsetzen, um ein Leitbild für die kommunale Selbstverwaltung in Niedersachsen zu entwickeln.

In den vergangenen Wochen und Monaten haben wir diese Unzulänglichkeiten an vielen Stellen diskutiert und erörtert, wie ein Regionalverband aussehen könnte, mit dem die dargestellten Ziele zu erreichen sind. Wir schlagen die Weiterentwicklung des Zweckverbandes Großraum Braunschweig zu einem Regionalverband vor.

Der Regionalverband könnte wie folgt verfasst sein:

1. Mitglieder

Mitglieder des Regionalverbandes Braunschweig sind die Kreise und kreisfreien Städte auf dem Gebiet des Zweckverbandes Braunschweig.

2. Aufgaben

Der Verband nimmt die Aufgaben des bisherigen Zweckverbandes Braunschweig wahr.

Darüber hinaus erhält er folgende Pflichtaufgaben:

- (1) Regionale Wirtschaftsförderung und regionales Standortmarketing Regionale Tourismusförderung
- (2) Aufbau eines zentralen Fördermittelmanagements (Europabüro) für regionale Projekte
- (3) Analyse und Bewertung von Daten zur Strukturentwicklung (Raumbeobachtung)

Der Verband kann weitere Aufgaben mit regionaler Bedeutung übernehmen oder bestehende Aufgaben aufgeben (Freiwillige Aufgaben), insbesondere:

- (1) Trägerschaft und Mitwirkung bei regionalen Kultur- und Sportprojekten
- (2) Beteiligung an der Einrichtung und dem Betrieb von Freizeitanlagen mit überörtlicher Bedeutung
- (3) Abstimmung bei Planungsaufgaben (z.B. Krankenhausplanung)

Der Verband kann auf Antrag für einen oder mehrere Verbandsmitglieder folgende

Tätigkeiten ganz oder teilweise wahrnehmen (Tätigkeit auf Antrag):

- (1) Genehmigung von Bebauungs- und Flächennutzungsplänen
- (2) Planung und Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus

- (3) Schulträgerschaft und Schulentwicklungsplanung für die berufsbildenden Schulen
- (4) Trägerschaft der Schülerbeförderung
- (5) Entwicklung und Vermarktung von Gewerbeflächen von regionaler Bedeutung
- (6) Aufgaben der Gesundheits- und der Veterinärämter
- (7) Aufgaben und Befugnisse der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger
- (8) Trägerschaft kommunaler Krankenhäuser
- (9) Durchführung von Planfeststellungsverfahren

Die Aufzählung der Aufgaben ist beispielhaft. Darüber hinaus soll geprüft werden, welche Aufgabenübertragung anhand des Gesetzentwurfes der SPD-Landtagsfraktion zum Großraum Braunschweig aus der letzten Legislaturperiode stattfinden können.

3. Beteiligungen

Zur Erfüllung seiner Aufgaben kann der Regionalverband Beteiligungen eingehen. Hier ist insbesondere die Beteiligung an der Allianz für die Region zu nennen. Insoweit sollten die Anteile der Verbandsmitglieder im Regionalverband gebündelt werden. Weiterhin ist die Beteiligung an Verkehrsgesellschaften denkbar bzw. sinnvoll. Auch hier könnten die Anteile der Verbandsglieder gebündelt werden.

4. Organe

Organe des Regionalverbandes sind die Verbandsversammlung, Verbandsausschuss, der Verbandsdirektor und der Verbandsrat.

Die Organe Verbandsausschuss und Verbandsdirektor bleiben unverändert bestehen.

Für den Fall der weiteren Übertragung von Aufgaben auf den Regionalverband streben wir an, dass die Mitglieder der Verbandsversammlung in den Verbandsgliedern direkt gewählt werden. Ihre Zahl richtet sich nach der Einwohnerzahl des jeweiligen Verbandsgliedes.

Neben der Verbandsversammlung wird ein Verbandsrat gebildet. Im Verbandsrat haben die Hauptverwaltungsbeamten der Mitglieder Sitz und Stimme. Der Verbandsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden. Der Verbandsrat wird in grundsätzlichen und wichtigen Entscheidungen der Region eingebunden.

5. Zusammenfassung

Die Aufgabenschwerpunkte des Verbandes sollen zukünftig in den Bereichen regionale Wirtschaftsförderung und Standortmarketing sowie im Bereich der freiwilligen Aufgaben liegen. In diesen Bereichen kann der Verband durchaus die Trägerschaft kommunaler Einrichtungen übernehmen, sich an Freizeitanlagen beteiligen und in diesem Bereich neue Beteiligungen eingehen. Die Aufgaben in den Bereichen Personennahverkehr und

Regionalplanung sollten fortgeführt werden. Hier sollte zukünftig jedoch eine stärkere Rücksichtnahme auf die örtlichen Belange erfolgen und eine Finanzierung nur noch für regional bedeutsame Verbindungen erfolgen. Der Verbandsrat soll die Berücksichtigung der Interessen der Mitglieder im Rahmen der freiwilligen Aufgaben und Tätigkeiten auf Antrag gewährleisten. Darüber hinaus kann in diesem Gremium eine Abstimmung der Mitglieder in regionalen Fragen erfolgen. So ist sichergestellt, dass die Region mit einer Sprache spricht. Je erfolgreicher und einvernehmlicher die Arbeit innerhalb des Regionalverbandes von statten geht, umso wahrscheinlicher ist eine Übertragung weiterer Aufgaben und ein weiteres Zusammenwachsen bis hin zu einer Region Braunschweig. Hierzu muss jedoch zunächst das Vertrauen wachsen, dass alle die gemeinsame Entwicklung und den Ausgleich der bestehenden Disparitäten als Ziel haben.